

Ebikon sagt klar Ja zu höherem Steuerfuss

Die Stimmberechtigten genehmigten das Budget 2021 im zweiten Anlauf. Damit ist der budgetlose Zustand der Gemeinde Ebikon beendet.

Roman Hodel

Aufatmen in Ebikon. Die Stimmbewölkerung hat das Budget 2021 gestern im zweiten Anlauf überraschend deutlich mit 61 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen. Zwar wird damit der Steuerfuss von 1,8 auf 1,9 Einheiten erhöht, was der Gemeinde rund 1,8 Millionen Franken zusätzlich in die Kasse spült. Trotzdem sieht das Budget ein Defizit von 3,67 Millionen Franken vor – bei einem Aufwand von rund 113 Millionen Franken. Noch im November hatten 56 Prozent der Stimmberechtigten die erste Version des Budgets abgelehnt. Dieses hatte eine Steuerfusserhöhung auf 2 Einheiten vorgesehen, das Defizit hätte 2,8 Millionen Franken betragen.

Die nun deutliche Zustimmung freut allen voran Finanzvorsteherin Susanne Troesch-Portmann (CVP): «Das Resultat hätte knapper ausfallen können.» Entscheidend für das Ja diesmal sei wohl die halbierte Steuerfusserhöhung gewesen. «Zudem hat der Gemeinderat zusätzlich Budgetkorrekturen vorgenommen», so Troesch. Dennoch ist die Gemeinde damit finanziell noch lange nicht aus dem Schneider. In der Mitteilung zum Abstimmungsresultat machte der Gemeinderat klar, dass die nächste Steuerfusserhöhung unausweichlich sein wird – und zwar um nochmals

eine Zehntelseinheit auf 2 Einheiten, wie im Aufgaben- und Finanzplan für 2023 vorgemerkt.

SVP will weitere Erhöhung bekämpfen

Diese Ankündigung ist für die SVP ein Affront – als einzige Partei hatte sie ein Nein zum Budget empfohlen. «Eine weitere Steuererhöhung würde vor allem den Mittelstand hart treffen», sagt Präsident Stefan Bühler. Man werde diese deshalb vehement bekämpfen. Stattdessen erwartet er vom Gemeinderat «endlich Sparwillen». Dass die Ebikoner im zweiten Anlauf das Budget genehmigten, erstaunt ihn nicht, der hohe Ja-Stimmen-Anteil allerdings schon.

Nicht so sicher puncto Ja war sich FDP-René Friedrich: «Entsprechend erleichtert bin ich über das Resultat.» Der Verlust der Selbstbestimmung – bei einem Nein hätte der Regierungsrat das Budget festgelegt – und das Ende des budgetlosen Zustands hätten sicher bei vielen Stimmberechtigten eine Rolle gespielt. Friedrich erwartet vom Gemeinderat ebenfalls, dass er im Hinblick auf die nächste Steuerfusserhöhung bei der Ausgabenseite nochmals über die Bücher geht. «Selbst bei gebundenen Ausgaben gibt es Möglichkeiten zu sparen.»

Das sieht CVP-Co-Präsident Alex Fischer anders: «Wenn wir weiterhin gute Leistungen ha-

ben wollen, kostet das entsprechend.» Das hätten die Stimmberechtigten gemerkt und daher Ja gesagt zum Budget. Er geht zudem davon aus, dass das Nein im November in Zusammenhang stand mit der Sagenmatt-Abstimmung: «Es herrschte eine allgemeine Nein-Haltung gegenüber dem Gemeinderat.» Die Steuerfusserhöhung 2023 werde kommen müssen. «Fast die ganze Agglo ist finanziell unter Druck», so Fischer.

Ebikon: Budget 2021

61% JA 39% NEIN

Stimmbeteiligung: 46%

Nichts wissen von einem Leistungsabbau will auch SP-Präsident Thomas Aregger: «Aber es kommt viel Arbeit auf den Gemeinderat zu.» Dass 61 Prozent Ja sagten zum Budget, sei erfreulich deutlich. «Ich glaube, viele hatten Respekt vor dem nächsten Schritt, wenn der Regierungsrat das Heft übernommen hätte – und sie wollten ein Ende des budgetlosen Zustands.» Von einem «Vernunftsentscheid» spricht Grüne-Präsident Peter Noser: «Die halbier-

te Steuerfusserhöhung dürfte viele zu einem Ja bewogen haben.» Auch wenn die nächste Erhöhung kaum zu verhindern sei. GLP-Präsident Sandor Horvath sieht ebenfalls keinen anderen Weg, als 2023 nochmals den Steuerfuss zu erhöhen: Selbstverständlich müsse man immer wieder überprüfen, ob auf der Ausgabenseite zusätzlich gespart werden kann – aber aufpassen, dass dies nicht zu einem Verlust der Standortattraktivität führt. Das Ja gestern «zum Kompromissvorschlag» sei auf alle Fälle eine gute Entscheidung.

«Falscher Zeitpunkt» für neue Steuerfuss-Diskussion

Für Finanzvorsteherin Troesch ist jetzt der falsche Zeitpunkt, um über die nächste Steuerfusserhöhung zu diskutieren. Sie betont, dass der Gemeinderat Ausgaben auch in Zukunft «konsequent auf deren Notwendigkeit» überprüft. «Wir sind schon jetzt sehr schlank unterwegs, da ist der Spielraum zum Sparen begrenzt.» Für Troesch steht in den nächsten Tagen und Wochen ohnehin etwas anderes im Vordergrund: Endlich kann die Gemeinde die Schulraumplanung vorantreiben, Investitionen weiterplanen, Unterhaltsarbeiten ausführen. Sie sagt: «Von aussen betrachtet sieht man gar nicht, wie viel in den letzten zwei Monaten blockiert war durch den budgetlosen Zustand.»

Kommentar

Mit Vernunft entschieden

Überraschend deutlich stellen sie sich die Ebikonerinnen und Ebikoner hinter die zweite Version des Budgets. Immerhin auferlegen sie sich damit künftig selber eine höhere Steuerrechnung. Es ist aber ein vernünftiger Entscheid.

Ausschlaggebend gewesen sein dürfte, dass der Gemeinderat die Steuerfusserhöhung in der Zwischenzeit halbiert hatte. Die Bevölkerung ist zwar sensibilisiert auf die schwierige finanzielle Situation der Gemeinde, trägt Massnahmen zur Besserung jedoch nur in kleinen Schritten mit. Trotzdem dürfte es für den Gemeinderat nicht einfach werden, die bereits für 2023 angekündigte nächste Steuerfusserhöhung an der Urne durchzubringen.

Mit dem gestrigen Ja goutieren die Stimmberechtigten aber auch, dass die Exekutive beim Budget den Rotstift nochmals angesetzt hat. Sie erwarten daher vom Gemeinderat, dass er auch künftig jede Position auf der Ausgabenseite kritisch hinterfragt. Denn, um die Finanzen längerfristig wieder

ins Lot zu bringen, darf es keine Tabus geben. Dass 80 Prozent der Ausgaben gebunden sind, ist zwar richtig. Doch der Gemeinderat darf sich nicht hinter dieser Floskel verstecken. Denn letztlich werden viele Leistungen von der Gemeinde bestellt.

Sollte bei den Ausgaben nicht viel zu schrauben sein, bleiben nur noch die Einnahmen. Auch hier ist die Exekutive gefragt. Sie muss die dringend notwendige Revision des Bau- und Zonenreglements vorantreiben. Nur dann werden die Eigentümer der vielen renovationsbedürftigen Wohngebäude endlich Sanierungen aufgleisen können. Das wird sich positiv auf die Steuerkraft pro Einwohner auswirken, die in den letzten acht Jahren markant zurückgegangen ist.



Roman Hodel
roman.hodel@luzernerzeitung.ch

«Sexarbeit braucht immer auch eine Portion Empathie»

Birgitte Snefstrup geht in Pension. Mit dem Verein LISA war sie die letzten acht Jahre für den Strassenstrich im Ibach im Einsatz.

«Heute, am 8. März, würden wieder alle Frauen auf dem Luzerner Strassenstrich eine rote Rose bekommen. Als Zeichen der Anerkennung und weil es der Internationale Frauentag ist», sagt Birgitte Snefstrup, Geschäftsleiterin Verein LISA.

Der Verein berät Sexarbeiterinnen bei den Themen Gesundheit, Sicherheit und Recht, er arbeitet in der Aids-Prävention und bietet den Frauen wöchentlich einen Mittagstisch im Zentrum Barfüesser. Damit setzt er sich für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation ein. Zur Rosenübergabe kommt es heuer nicht, denn Sexarbeit ist seit Mitte Oktober verboten.

Ziel ist nicht, die Frauen von der Strasse zu holen

Das Gespräch mit Birgitte Snefstrup (59) findet im Vereinsbüro am Franziskanerplatz in der Luzerner Kleinstadt statt. Es ist einer ihrer letzten Arbeitstage als Fachfrau für Sexarbeit. Ende März verlässt sie das Team und geht in Pension. Sie war seit 2005 in Zentralschweiz in der aufsuchenden Präventionsarbeit tätig. Die Prostitution gehört zum ältesten Gewerbe, der Kampf um Akzeptanz bleibt und behördliche Hürden sind hoch. Snefstrup: «Unsere Arbeit hat nicht das Ziel, die Frauen von der Strasse zu holen, sondern ih-

nen ein sicheres Arbeitsklima zu schaffen. Unsere Vereinsarbeit trägt das in die Öffentlichkeit. Sexarbeit braucht immer auch eine Portion Empathie.»

«Hotspot» gibt Sicherheit

Welche erreichten Ziele haben Snefstrup besonders erfreut? Das Sexbusiness habe sich mit dem Verdrängen des Strassenstrichs aus den Wohnquartieren ins abgelegene Industriegebiet Ibach massiv verändert. Deshalb war die Aufgabe, für die Stadt ein Betreuungsangebot für den Strassenstrich auszuarbeiten, ein sehr wichtiger Schritt. Im Dezember 2012 konnte Snefstrup als Projektleiterin mit dem Konzept für den Beratungscontainer für Frauen auf dem Strassenstrich starten. Das Projekt wurde von Stadt, Kanton und Bund unterstützt.

«Ein Jahr später wurde der Container aufgestellt», erinnert sich Snefstrup. Zu Beginn war es ein Pilotprojekt, das auf 18 Monate befristet war. Heute ist der «Hotspot» ein fester, unverzichtbarer Bestandteil des Luzerner Strassenstrichs und wird vom Verein LISA betrieben. «Mit dem Angebot haben wir einen direkten Kontakt. Das ist äusserst wichtig und schafft das nötige Vertrauen für die Zusammenarbeit und gibt den Frauen



Birgitte Snefstrup im Franziskanergärtli in der Luzerner Kleinstadt.

Bild: Pius Amrein (Luzern, 1. März 2021)

Sicherheit. Nur wenn Vertrauen da ist, können wir helfen», erklärt sie den Hotspot-Einsatz.

Arbeitsverbot bringt Prostituierte in Notlage

Doch diese Arbeit muss nun ruhen. Däumchen drehen geht trotzdem nicht. Denn das aktuelle Arbeitsverbot verschärft die finanzielle Notlage der Frauen massiv und lässt das Telefon pausenlos klingeln. «So prekär wie momentan haben wir es noch nie erlebt. Die Frauen, die sich jetzt bei uns melden, leiden unter einem enormen Druck, haben Angst, alles zu verlieren.»

Sonst sind diese Frauen trotz all der Widrigkeiten rund um ihren Job erstaunlich lebensfreudig und positiv: «Das ist schon sehr beeindruckend, wie sie mit dieser Situation umgehen. Bevor sie loslegen, fragen viele Frauen zuerst mich, wie es mir und wie es meinen Eltern geht. Diese herzliche empathische Haltung könnten auch privilegiere Mitmenschen an den Tag legen.» Und diese immer wieder erlebte Wertschätzung nimmt Birgitte Snefstrup mit den dazugehörigen Bildern mit in die Pension.

Sandra Monika Ziegler

Hinweis

Info: www.verein-lisa.ch